

Steuer- und Wirtschafts-Reformer.

Wiederherstellung der Friedensleistungsfähigkeit.

Unter sehr schwacher Beteiligung hielten die Steuer- und Wirtschaftsreformer ihre (40.) Hauptversammlung — gewissermaßen als Abschluß der landwirtschaftlichen Woche — heute vormittag im „Rheingold“ ab.

Graf v. Mirbach-Sorquitten betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß sich eine radikale Strömung, der politische Erfolge wichtiger waren als die unserer Waffen, bei uns entwickelt hat. Die derzeitige demokratische Bewegung, von starken internationalen Kräften gefördert und von unseren Feinden besonders wirksam unterstützt, hat allgemein die Aufgabe, ganz ausschließlich den internationalen Sozialismus zur Herrschaft zu bringen, was ja in Rußland den Bolschewiki völlig gelungen ist, im besonderen aber Deutschland, in erster Reihe Preußen, das Rückgrat zu brechen. Damit vollzog sich ein gründlicher Bruch des Burgfriedens. Auch regierungsseitig erfolgte ein Bruch des Burgfriedens durch die Vorlage des Reichstagswahlrechts für Preußen. Das gleiche Wahlrecht sichert der Mehrheit der Kopfzahl die absolute Herrschaft der zahlreichen Arbeiterklassen über alle Organismen. Der Kriegslohn für die landwirtschaftliche Bevölkerung würde bei Annahme des Reichstagswahlrechts für den größten Einzelstaat die politische und wirtschaftliche Entrechtung für den überwiegenden Teil des Deutschen Reiches werden. Die weitere Folgerung dieses Wahlrechts wäre die Förderung einer vermögenskonfiszierenden Steuerpolitik, die Gefährdung der Einzelstaaten und schließlich des Eigentums. Zum Schluß versichert der Redner, daß die deutsche Landwirtschaft auch ferner zu jedem Opfer bereit ist, in der festen Zuversicht, daß wir einen Frieden erkämpfen werden, der zum Besten mindestens der Gelände führt, deren wir aus strategischen Rücksichten bedürfen, sowie zu Kriegsenttäuschungen, die zum schnellen und kräftigen Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens führen. Mit einem Hoch auf den Kaiser und die Bundesfürsten endete die Ansprache.

Darauf wendet man sich der eigentlichen Tagesordnung: „Wiederherstellung der Friedensleistungsfähigkeit der deutschen Produktion“ zu. Präsident a. D. Prof. Dr. A. van der Vorst behandelt diese Frage für Industrie, Gewerbe und Handel. Er wendet sich dagegen, daß der Kriegssozialismus, der ein notwendiges Übel gewesen sei, auch in Friedenszeiten beibehalten werde. Im Gegenteil, die im Kriege geschaffenen staatssozialistischen Einrichtungen sind in der Übergangszeit in dem Maße abzubauen, wie es den Verhältnissen entspricht. Ferner wendet er sich gegen eine Vermögenswegnahme zugunsten der Reichskasse. Eingehend behandelt er die Rohstofffrage und verlangt, daß die Erzgebiete von Longwy und Orley der Sicherung unseres Eisenerzbedarfs beim Friedensschluß dienstbar zu machen sind. Für die Sicherung des inländischen Marktes und die inländische Gütererzeugung fordert er das Festhalten an den bisherigen Grundfäden der deutschen Zollpolitik. Eine Reihe von Zeitsätzen, die diesen Gedankengängen entsprechen, werden angenommen.

Darauf behandelt Prof. Dr. Dade dieselbe Frage vom Standpunkt der Landwirte aus. Er fordert, die Schutzpolitik, wie sie vor dem Kriege bestand, auch nach dem Kriege wieder aufzunehmen. Die stielichen Agrargebiete — Kurland, Livland, Estland und Litauen — müßten für alle Zeiten den deutschen Wirtschaftsgebieten einverleibt werden. Er wendet sich gegen ein Getreidemonopol, verlangt eine gleichbewußte Vorratswirtschaft. Eine Reihe weiterer Forderungen werden in Zeitsätzen niedergelegt. oo.